

voestalpine-POSITION
BEGUTACHTUNG zum Entwurf der Verordnung
der Regulierungskommission der E-Control, mit
der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung
2013 geändert wird

(GSNE-VO 2013 – 2. Novelle 2026)

29. April 2026

Einleitung

Wir nehmen Bezug auf den genannten Verordnungsentwurf und ersuchen darum im Rahmen der Begutachtung unsere Stellungnahme zu berücksichtigen. Unser Kernanliegen betrifft die Kostenallokation im Fernleitungsnetz, insbesondere des TAG-Systems, sowie die Transparenz bei der Finanzierung von H2-Infrastrukturprojekten angesichts massiv steigender Netzentgelte.

voestalpine-Position im Detail

1. Ineffizienz des TAG-Systems und Kostenallokation

Die Transportdaten (Quelle: ENTSOG) belegen einen drastischen Rückgang der Transitvolumina durch das Trans-Austria-Gasleitung (TAG)-System. Wurden 2021 noch rund 298 TWh von Österreich nach Italien transportiert, liegen die aktuellen Werte für das KJ 2025 bei 7 TWh und im Reverse-Flow bei 18 TWh pro Jahr. Somit eine minimale Gesamtauslastung im Vergleich zur Gesamtkapazität.

- » Trotz dieser Entwicklung befinden sich nach wie vor **alle drei parallelen Stränge des TAG-Systems in Betrieb**. Wir sehen hier die Gefahr einer Fehlallokation der Kosten:
 - » Durch den Wegfall der Transiterlöse droht eine **Überwälzung der Fixkosten** für den Erhalt dieser überdimensionierten Infrastruktur auf die österreichischen Endverbraucher.
 - » Nach unserer Analyse wäre eine **Konservierung von zwei der drei Stränge** technisch möglich, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Dies würde die Betriebskosten deutlich reduzieren.
- » Wir fordern die E-Control auf, im Rahmen dieser Novelle sicherzustellen, dass **Kosten für nicht erforderliche Transitzkapazitäten nicht in die Kostenbasis der inländischen Netzentgelte einfließen**.

2. Vermeidung von Querfinanzierungen (H2-Readiness & WAG-Loop)

- » Das Projekt „H2 Readiness of the TAG Pipeline System“ sowie der Ausbau der West-Austria-Gasleitung (WAG Loop 1) sind als Projekte von gemeinsamem Interesse (PCI) eingestuft. In Bezug auf die GSNE-VO 2013 fordern wir:
 - » **Ausschluss von Querfinanzierungen**: Investitionen in die Wasserstoff-Umrüstung oder Kapazitätserweiterungen (WAG) müssen primär über EU-Fördermittel (CEF) oder künftige Wasserstoffnutzer finanziert werden.
 - » Es ist **strikt zu verhindern**, dass aktuelle Erdgas-Endverbraucher (Haushalte und Industrie) durch die Netzentgelte die **Vorleistung** für eine künftige Wasserstoff-Infrastruktur erbringen müssen, von der sie gegenwärtig nicht profitieren.

3. Forderungen und Fragen zur Verordnungsänderung

- » Im Sinne der Kosteneffizienz und des Schutzes des Wirtschaftsstandortes Österreich ersuchen wir um Berücksichtigung folgender Punkte in der finalen Fassung der Verordnung:

- » 1. **Nachweis der Notwendigkeit:** Wurde geprüft, ob eine Stilllegung bzw. Konservierung von TAG-Leitungssträngen zur Kostensenkung zwingend erforderlich ist, bevor eine Erhöhung der Tarife erfolgt?
- » 2. **Transparenz** bei H2-Kosten: Welchen Anteil haben Kosten für die „H2-Readiness“ bereits heute an den kalkulierten Entgelten dieser Novelle?
- » 3. **Kostenabgrenzung:** Wie stellt die E-Control in der GSNE-VO sicher, dass ungenutzte Transitzapazitäten der Fernleitungsebene nicht das Verteilnetz und somit die Endverbraucher belasten?

Zusammenfassung

Die Aufrechterhaltung eines überdimensionierten Systems bei gleichzeitigem Wegfall der Transit-Einnahmen ist volkswirtschaftlich nicht vertretbar. Wir ersuchen um eine entsprechende Anpassung der Kostenprüfung und Tarifgestaltung gemäß der Prämissen der **Transparenz** sowie **Kostenwahrheit**.